Deutscher Bundestag **Drucksache 17/5299**

17. Wahlperiode 29. 03. 2011

Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz (10. Ausschuss)

a) zu dem Antrag der Abgeordneten Dr. Wilhelm Priesmeier, Petra Crone, Petra Ernstberger, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der SPD – Drucksache 17/2479 –

Gemeinsame europäische Agrarpolitik nach 2013 weiterentwickeln

b) zu dem Antrag der Abgeordneten Friedrich Ostendorff, Cornelia Behm, Ulrike Höfken, weiterer Abgeordneter und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Drucksache 17/4542 –

Gemeinsame europäische Agrarpolitik nach 2013 – Förderung auf nachhaltige, bäuerliche Landwirtschaft ausrichten

A. Problem

Zu Buchstabe a

Der Diskussionsprozess um die Weiterentwicklung und zukünftige Ausgestaltung der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) der Europäischen Union (EU) nach 2013 gewinnt nach Ansicht der Antragsteller sowohl auf nationaler als auch auf europäischer Ebene zunehmend an Dynamik. Schon für das nächste Jahr werden wichtige politische Weichenstellungen über die künftige Agrarpolitik in Europa im Zeitraum 2014 bis 2020 erwartet. Mit dem Antrag auf Drucksache 17/2479 der Fraktion der SPD soll die Bundesregierung aufgefordert werden, sich bei den Verhandlungen zur Ausgestaltung der GAP nach 2013 insbesondere für eine starke gemeinsame europäische Agrarpolitik nach 2013 und die Weiterentwicklung des bisherigen Zwei-Säulen-Modells als Ziel einzusetzen. Alle staatlichen Transferleistungen an die europäischen Landwirte müssen nach Ansicht der Antragsteller zukünftig qualifiziert werden. Ausschließlich konkret benannte und gesellschaftlich gewünschte Leistungen sollten zukünftig entlohnt werden.

Zu Buchstabe b

Die Europäische Kommission hat aus Sicht der Antragsteller in Bezug auf die zukünftige Ausgestaltung der GAP bis 2020 den Reformbedarf hin zu einer nachhaltigeren, gerechteren und grüneren GAP anerkannt und wegweisende

Vorschläge unterbreitet. Mit dem Antrag auf Drucksache 17/4542 der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN soll die Bundesregierung aufgefordert werden, die Vorschläge der Europäischen Kommission zur Ausgestaltung einer starken GAP bis 2020 dem Grund nach zu unterstützen und sich bei den Verhandlungen über die Legislativvorschläge insbesondere dafür einzusetzen, dass jegliche Fördergelder an die Erbringung von gesellschaftlichen Leistungen in den Bereichen Klima- und Umweltschutz, Tierschutz, Erhalt von Biodiversität, Verbraucherschutz, Ernährungssicherheit und Arbeitsplätze geknüpft werden.

B. Lösung

Zu Buchstabe a

Ablehnung des Antrags auf Drucksache 17/2479 mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP gegen die Stimmen der Fraktion der SPD bei Stimmenthaltung der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Zu Buchstabe b

Ablehnung des Antrags auf Drucksache 17/4542 mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP gegen die Stimmen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktionen SPD und DIE LINKE.

C. Alternativen

Annahme der Anträge.

D. Kosten

Wurden nicht erörtert.

Beschlussempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,

a) den Antrag auf Drucksache 17/2479 abzulehnen,

b) den Antrag auf Drucksache 17/4542 abzulehnen.

Berlin, den 9. Februar 2011

Der Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz

Hans-Michael Goldmann
Vorsitzender

Franz-Josef Holzenkamp
Berichterstatter

Dr. Wilhelm Priesmeier
Berichterstatter

Dr. Christel Happach-Kasan
Berichterstatterin

Dr. Kirsten Tackmann
Berichterstatterin

Friedrich Ostendorff
Berichterstatter

Bericht der Abgeordneten Franz-Josef Holzenkamp, Dr. Wilhelm Priesmeier, Dr. Christel Happach-Kasan, Dr. Kirsten Tackmann und Friedrich Ostendorff

I. Überweisung

Der Deutsche Bundestag hat den Antrag auf **Drucksache 17/2479** in seiner 87. Sitzung am 27. Januar 2011 beraten und an den Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz zur federführenden Beratung sowie an den Haushaltsausschuss, den Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit, den Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung und an den Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union zur Mitberatung überwiesen.

Den Antrag auf **Drucksache 17/4542** hat der Deutsche Bundestag in seiner 87. Sitzung am 27. Januar 2011 beraten und dem Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz zur federführenden Beratung und an den Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung sowie an den Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union zur Mitberatung überwiesen.

II. Wesentlicher Inhalt der Vorlagen

Zu Buchstabe a

Der Diskussionsprozess um die Weiterentwicklung und zukünftige Ausgestaltung der GAP der Europäischen Union nach 2013 gewinnt sowohl auf nationaler als auch auf europäischer Ebene nach Ansicht der Antragsteller zunehmend an Dynamik. Schon für das nächste Jahr werden wichtige politische Weichenstellungen über die künftige Agrarpolitik in Europa im Zeitraum 2014 bis 2020 erwartet. Mit dem Antrag auf Drucksache 17/2479 der Fraktion der SPD soll die Bundesregierung dazu aufgefordert werden, sich bei den Verhandlungen zur Ausgestaltung der gemeinsamen europäischen Agrarpolitik nach 2013 insbesondere für folgende Eckpunkte einzusetzen:

1. Ziel ist eine starke gemeinsame europäische Agrarpolitik nach 2013 und die Weiterentwicklung des bisherigen Zwei-Säulen-Modells.
2. Alle staatlichen Transferleistungen an die europäischen Landwirte müssen zukünftig qualifiziert werden. Ausschließlich konkret benannte und gesellschaftlich gewünschte Leistungen werden entlohnt. Das bisherige System der Belohnung für die Einhaltung gesetzlicher Verpflichtungen und Selbstverständlichkeiten muss durch ein System der echten Entlohnung konkreter Leistungen ersetzt werden. Diese Leistungen sollen, vor allem in den Bereichen Klimaschutz, Erhaltung der biologischen Vielfalt und der Bodenfruchtbarkeit sowie des Umwelt-, Verbraucher- und Tierschutzes erbracht werden und müssen dabei die Einhaltung fairer Welthandelsbedingungen berücksichtigen.
3. Die gewünschten gesellschaftlichen Leistungen werden in einem EU-weit gültigen Angebotskatalog detailliert und zielgenau beschrieben. Die Vergütung ist an der Erreichung vorab festgelegter Zielvorgaben auszurichten.
4. Die Agrarexportsubventionen und weitere handelsverzerrende interne Stützungen laufen endgültig aus, auch unabhängig von den Ergebnissen der derzeitigen Verhandlungen mit der Welthandelsorganisation (WTO).

Zu Buchstabe b

Die Europäische Kommission hat aus Sicht der Antragsteller in Bezug auf die zukünftige Ausgestaltung der GAP bis 2020 den Reformbedarf hin zu einer nachhaltigeren, gerechteren und grüneren GAP anerkannt und wegweisende Vorschläge unterbreitet. Mit dem Antrag auf Drucksache 17/4542 der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN soll die Bundesregierung aufgefordert werden, die Vorschläge der Europäischen Kommission zur Ausgestaltung einer starken GAP bis 2020 dem Grund nach zu unterstützen und sich bei den Verhandlungen über die Legislativvorschläge insbesondere für folgende Punkte einzusetzen:

1. Öffentliche Gelder für öffentliche Güter muss zum Prinzip aller Agrarzahlungen werden. Jegliche Fördergelder müssen an die Erbringung von gesellschaftlichen Leistungen in den Bereichen Klima- und Umweltschutz, Tierschutz, Erhalt von Biodiversität, Verbraucherschutz, Ernährungssicherheit und Arbeitsplätze geknüpft werden. Fördermaßnahmen, die Umwelt, Klima, Biodiversität und die bäuerliche Landwirtschaft hier und weltweit schädigen oder den Gedanken des Tierschutzes untergraben, müssen hingegen eingestellt werden.
2. Obligatorische Voraussetzung für den Erhalt von Direktzahlungen muss die Umsetzung der von der EU-Kommission vorgeschlagenen Ökologisierungskomponente sein. Als Maßnahmen für diese Qualifizierung der Direktzahlungen müssen die Einhaltung einer mindestens dreigliedrigen Fruchtfolge mit Eiweißpflanzen, der Erhalt von Dauergrünland, die Beweidung, die Ausweisung ökologischer Vorrangflächen für besonders umweltgerechte Bewirtschaftungsverfahren, die flächengebundene Tierhaltung sowie der Verzicht auf Einsatz gentechnisch veränderter Organismen im Vordergrund stehen.
3. Ausgleichszahlungen für Betriebe in benachteiligten Gebieten sollen ebenso wie der Ausgleich von Bewirtschaftungsauflagen im Rahmen von Natura-2000-Gebieten als weitere Komponente in die Direktzahlungen einfließen.
4. Für eine gerechtere Verteilung der Agrarfördermittel und zur Sicherung von Arbeitsplätzen müssen die Direktzahlungen auf aktive Landwirte in Haupt-, Neben- oder Zuerwerb konzentriert und eine Deckelung der Direktzahlungen mit Arbeitsplatzberücksichtigung eingeführt werden. Für Kleinbetriebe müssen besondere Förderregeln geschaffen werden.

III. Stellungnahmen der mitberatenden Ausschüsse

Zu Buchstabe a

Der **Haushaltsausschuss** hat den Antrag auf Drucksache 17/2479 in seiner 45. Sitzung am 9. Februar 2011 beraten

und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP gegen die Stimmen der Fraktion der SPD bei Stimmenthaltung der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN die Ablehnung des Antrags.

Der **Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit** hat den Antrag auf Drucksache 17/2479 in seiner 32. Sitzung am 9. Februar 2011 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP gegen die Stimmen der Fraktion der SPD bei Stimmenthaltung der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN die Ablehnung des Antrags.

Der **Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung** hat den Antrag auf Drucksache 17/2479 in seiner 26. Sitzung am 9. Februar 2011 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP gegen die Stimmen der Fraktion der SPD bei Stimmenthaltung der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN die Ablehnung des Antrags.

Der **Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union** hat den Antrag auf Drucksache 17/2479 in seiner 31. Sitzung am 9. Februar 2011 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP gegen die Stimmen der Fraktion der SPD bei Stimmenthaltung der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN die Ablehnung des Antrags.

Zu Buchstabe b

Der **Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung** hat den Antrag auf Drucksache 17/4542 in seiner 26. Sitzung am 9. Februar 2011 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP gegen die Stimmen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktionen SPD und DIE LINKE. die Ablehnung des Antrags.

Der **Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union** hat den Antrag auf Drucksache 17/4542 in seiner 31. Sitzung am 9. Februar 2011 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP gegen die Stimmen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktionen SPD und DIE LINKE. die Ablehnung des Antrags.

IV. Beratungsverlauf und Beratungsergebnisse im federführenden Ausschuss

Der Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz hat die Anträge auf Drucksachen 17/2479 und 17/4542 in seiner 31. Sitzung am 9. Februar 2011 ohne Debatte abschließend beraten.

Als Ergebnis der Beratungen empfiehlt der **Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz** dem Deutschen Bundestag:

Zu Buchstabe a

Ablehnung des Antrags auf Drucksache 17/2479 mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP gegen die Stimmen der Fraktion der SPD bei Stimmenthaltung der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Zu Buchstabe b

Ablehnung des Antrags auf Drucksache 17/4542 mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP gegen die Stimmen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktionen SPD und DIE LINKE.

Berlin, den 9. Februar 2011

Franz-Josef Holzenkamp
Berichterstatter

Dr. Wilhelm Priesmeier
Berichterstatter

Dr. Christel Happach-Kasan
Berichterstatterin

Dr. Kirsten Tackmann
Berichterstatterin

Friedrich Ostendorff
Berichterstatter



Gesamtherstellung: H. Heenemann GmbH & Co., Buch- und Offsetdruckerei, Bessemerstraße 83–91, 12103 Berlin, www.heenemann-druck.de
Vertrieb: Bundesanzeiger Verlagsgesellschaft mbH, Postfach 10 05 34, 50445 Köln, Telefon (02 21) 97 66 83 40, Fax (02 21) 97 66 83 44, www.betrifft-gesetze.de
ISSN 0722-8333